

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 57. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. September 2008, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. von Angelika Birk

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans Müller (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Erhalt der Künstlersozialversicherung (auf Antrag von SPD und FDP, Umdruck 16/3423)	4
2. Vorstellung des neuen Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dr. Werner Marnette	5
3. Gespräch über Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen	6
4. Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen der von der Landesrektorenkonferenz und Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur eingesetzten Expertenkommission (Erichsen-Kommission vom März 2003) Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2136	9
5. Lehrerausbildung an der Universität Flensburg Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2200	10
6. Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2202	12
7. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2008 Drucksache 16/1839	13

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erhalt der Künstlersozialversicherung

(auf Antrag von SPD und FDP, Umdruck 16/3423)

St Maurus stellt klar, dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung der Abschaffung der Künstlersozialversicherung im Bundesratsplenium nicht zugestimmt habe und kein Bundesland mehr die Absicht verfolge, die 2007 novellierte Künstlersozialversicherung noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung darum, über relevante Bundesratsvorgänge das Landesparlament unaufgefordert zeitnah zu informieren. - St Maurus sagt eine entsprechende Unterrichtung gemäß dem Parlamentsinformationsgesetz zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des neuen Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dr. Werner Marnette

M Dr. Marnette stellt sich und die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit vor.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gespräch über Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen mit

- Landesrektorenkonferenz: Prof. Dr. Stefan Bartels, Vorsitzender der LRK, und Prof. Dr. Gerhard Fouquet, stellv. LRK-Vorsitzender
- LandesASTenKonferenz: Herr Rathje
- Landeskonferenz der Hochschulfrauenbeauftragten: Kerstin Schoneboom, Gleichstellungsbeauftragte der Fachhochschule Kiel, und Dr. Iris Werner, Gleichstellungsbeauftragte der CAU (Umdruck 16/3451)
- Hauptpersonalrat: Anemone Helbig, Dr. Weber (Umdruck 16/3453)

M Dr. Marnette teilt mit, über die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen auf der Basis des neuen Hochschulgesetzes gebe es am 26. September 2008 eine abschließende Verhandlungsrunde. Die Vereinbarungen würden Mitte Dezember nach Verabschiedung des Landeshaushalts unterschrieben.

Prof. Dr. Bartels, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz und Präsident der Fachhochschule Lübeck, macht darauf aufmerksam, wesentlich für die Qualität der Lehre sei die Relation von Lehrenden und Studierenden, bei der Schleswig-Holstein bei den Fachhochschulen bundesweit den letzten Platz belege. Wenn man die Qualität in der Lehre verbessern wolle, brauche man mehr Geld und Personal.

Auch Prof. Dr. Fouquet, stellvertretender LRK-Vorsitzender und Präsident der CAU, bemängelt, dass die finanzielle Umsetzung der Ziele zu wünschen übrig lasse.

Herr Rathje von der LandesASTenkonferenz fordert, dass die ASTen mehr in den Zielvereinbarungsverhandlungsprozess einbezogen würden und mehr Transparenz geschaffen werde. Die Betreuungsrelationen müssten spürbar verbessert und der Ausbau der Betreuungsplätze für Studierende mit Kindern vorangetrieben werden.

Frau Schoneboom trägt die Stellungnahme der Landeskonferenz der Hochschulfrauenbeauftragten vor, Umdruck 16/3451.

Frau Helbig, Vorsitzende des Hauptpersonalrats, und Herr Dr. Weber tragen die Stellungnahme des Hauptpersonalrats beim Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vor, Umdruck 16/3453. Sie appellieren an die Politik, die Ausbildungssituation und die Betreuungsrelation - gerade in den nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen - zu verbessern und die Erhöhung der Lehrverpflichtung, durch die die Forschung gefährdet werde, zurückzunehmen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert M Dr. Marnette, es bleibe dabei, dass 5 % (und nicht mehr) des Landeszuschusses an die Hochschulen im Rahmen des Anreizbudgets nach den vereinbarten vier Leistungsparametern vergeben würden.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Prof. Dr. Bartels, auch die Fachhochschulen legten Wert darauf, Masterstudiengänge anzubieten.

Prof. Dr. Fouquet führt aus, mit der Annahme von Masterstudiengängen, für die ausreichend Kapazitäten vorgehalten werden müssten, gebe es an den Universitäten bisher wenig Erfahrungen. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs sicherzustellen, sei im Wintersemester vorgesehen, die besten Bachelorabsolventen eines Studienganges ohne Masterabschluss direkt promovieren zu lassen. Die Förderung von vier Forschungsschwerpunkten an der CAU setze eine höhere Flexibilität im Haushaltsvollzug voraus (Verabschiedung vom Stellenplan im Angestelltenbereich und Erhöhung des Vergaberahmens bei den Professuren). Zum Wintersemester werde an der CAU ein obligatorisches hochschuldidaktisches Zertifikat für neu eingestellte wissenschaftliche Mitarbeiter eingeführt und ein Teilzeitstudium realisiert.

Prof. Dr. Bartels verweist in diesem Zusammenhang auf das erfolgreiche E-Learning der Fachhochschule Lübeck.

AL Dr. Hendriks weist darauf hin, dass ein neues Hochschulzulassungsgesetz dazu führe, dass die Hochschulen mehr Spielraum bei der Entscheidung gewönnen, in welchem Maß sie die Qualität mehr Platz greifen ließen. Im Übrigen stünden die schleswig-holsteinischen Hochschulen im Bundesvergleich keineswegs schlecht da. Hinsichtlich der Einführung der Masterstudiengänge bestehe in Teilen die Sorge, dass es zu wenig Studierende in Masterstudiengängen geben werde.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss macht M Dr. Marnette deutlich, das Thema Profilbildung sei von zentraler Bedeutung.

Prof. Dr. Fouquet betont noch einmal die Bedeutung der Exzellenzcluster für die Kieler Universität, die man nicht aus dem Bestand finanzieren könne und durch die klare Forschungsschwerpunkte gebildet und Strukturen modernisiert würden.

AL Dr. Hendriks führt aus, man sei zuversichtlich, dass die im Hochschulpakt vereinbarten Zahlen erreicht würden. Inwiefern die Hochschulen die ZVS als Dienstleister einschalteten, obliege der Entscheidung der Hochschule. Man sei für ein möglichst einfaches und transparentes Verfahren und im Interesse einer engen Bindung der Studierenden an die Hochschule auch für Auswahlgespräche.

Prof. Dr. Fouquet äußert, die CAU wünschte sich eine zentrale Verteilungsstelle. Für die Nachwuchsförderung werde ein Graduiertenzentrum errichtet. Zur Verbesserung der Gleichstellung werde das Präsidium konkrete Schritte einleiten.

Dr. Werner, Gleichstellungsbeauftragte der CAU, macht darauf aufmerksam, dass Schleswig-Holstein und Thüringen die einzigen Bundesländer seien, in denen der Anteil der Professorinnen in den letzten fünf Jahren zurückgegangen sei. Eine solche Entwicklung dürfe nicht ohne Konsequenzen hingenommen werden.

Abschließend bekräftigen die Anzuhörenden noch einmal ihr Credo, dass mehr Geld ins Hochschulwesen investiert werden müsse, um die vielfältigen Anforderungen und Ziele erfüllen zu können.

Abg. Hentschel gibt zu überlegen, die Gewichte im Anreizbudget zu verschieben oder den Umfang des Anreizbudgets insgesamt zu erhöhen, wenn bestimmte Ziele nicht erreicht würden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen der von der Landesrektorenkonferenz und Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur eingesetzten Expertenkommission (Erichsen-Kommission vom März 2003)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2136

(überwiesen am 17. Juli 2008 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Lehrerausbildung an der Universität Flensburg

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2200

Abg. Hentschel fragt die Landesregierung, was sie zu tun gedenke, um den Anforderungen der Akkreditierungsagentur zu genügen.

Abg. Dr. Klug fragt nach der Anerkennung des Abschlusses des derzeit nicht akkreditierten Bachelor-Studiengangs Vermittlungswissenschaften der Universität Flensburg und dem Stand der Überarbeitung der Curricula einzelner Studiengänge.

Abg. Spoorendonk setzt sich für eine starke, selbstständige Universität Flensburg ein.

M Dr. Marnette äußert, das Ergebnis der Akkreditierung habe betroffen gemacht; man kümmere sich intensiv um die Hochschule. Für die Aufnahme des Masterstudiums erwüchsen bundesweit keine Nachteile. Er sei zuversichtlich, dass die Strukturkommission unter Vorsitz von Professor Prenzel die anstehenden Aufgaben bewältigen werde. Die Personalausstattung der Universität solle im Rahmen der Haushalts- und Zielvereinbarungsverhandlungen um 15 bis 20 Stellen (1,4 Millionen € jährlich) erweitert werden.

AL Dr. Hendriks ergänzt, die Qualität der Ausbildung solle auch durch eine engere Kooperation mit der CAU verbessert werden.

Abg. Hentschel hält es für wichtig, die Lehrerbildung durch eine vermittlungswissenschaftliche Forschung in Zusammenarbeit mit Kooperationsschulen systematisch zu begleiten.

AL Dr. Hendriks verweist in diesem Zusammenhang auf die Empfehlung der Akkreditierungsagentur, sowohl die Strukturkommission als auch die Professorenstellen überwiegend extern zu besetzen, um mehr Professionalität zu erreichen.

Die Abg. Weber und Herold sehen die zentrale Herausforderung in der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen, um die Lehramtsstudiengänge so auszustatten, dass sie akkreditierungsfähig seien. Daher mache es Sinn, die Beschlussfassung über den Antrag bis zu

den Haushaltsberatungen zurückzustellen. Während die Punkte 2 und 4 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Sache erledigt seien, lehne man Punkt 3 (Stufenlehrer-ausbildung) entsprechend dem Koalitionsvertrag ab.

Abg. Hentschel erklärt sich damit einverstanden, Punkt 1 des Antrages zurückzustellen und Punkt 2 für erledigt zu erklären. Die Punkte 3 und 4 erhält er aufrecht.

Der Bildungsausschuss stellt die Beschlussfassung über den Antrag Drucksache 16/2200 insgesamt bis zu den Haushaltsberatungen zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2202

(überwiesen am 11. September 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Bildungsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen“, Drucksache 16/2202, die Punkte 2 und 3 abzulehnen sowie die Punkte 1 und 4 mit der Maßgabe anzunehmen, in Punkt 4 die Wörter „ein Konzept mit“ zu streichen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2008
Drucksache 16/1839

hierzu: Stellungnahme der Landesregierung
Umdruck 16/3362

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle weiteren Ausschüsse)

Frau Hansen, stellvertretende Leiterin des ULD, erklärt, die Totalerhebung im Bereich der Bildungsbiographien der Schülerinnen und Schüler (Textziffer 4.7.3 des Tätigkeitsberichts) sehe man nach wie vor kritisch.

Abg. Hentschel bittet das Bildungsministerium darum, wenn die Frage der Schülerdatensätze zwischen Bildungsministerium und ULD nicht einvernehmlich geklärt werde, vor einer Entscheidung das Parlament zu informieren.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Tätigkeitsbericht des ULD zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer